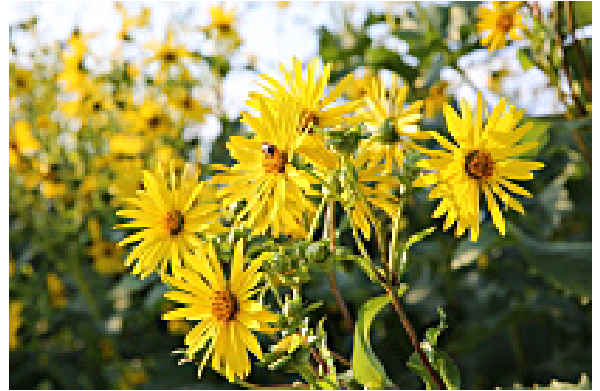


Durchwachsene Silphie statt Mais!

Der Landkreis reagiert: Der Anbau der Wildpflanze „Durchwachsene Silphie“ als Alternative zum Anbau von Mais soll im Landkreis Rosenheim ab dem kommenden Jahr gefördert werden. Der Kreisausschuss stimmte dem Antrag gestern einstimmig zu. Pro Hektar



soll der Anbau mit 240 Euro gefördert werden. Insgesamt 24.000 Euro stellt der Landkreis Rosenheim in den kommenden vier Jahren dafür bereit.

Im Vergleich zum Anbau von Mais für die Energiegewinnung in Biogasanlagen gilt die „Durchwachsenen Silphie“ als natur- und artenfreundliche Alternative. Während durch den großflächigen Anbau von Mais vielfach Monokulturen entstanden sind, handelt es sich bei der „Durchwachsenen Silphie“ um eine blühende Wildpflanze.

Einmal gesät kann die Pflanze bis zu 15 Jahre alt und drei Meter hoch werden.

Als Dauerkultur wirkt sie sich positiv auf die Bodenökologie aus und hat nur einen geringen Pflegeaufwand. Sie liefert einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität, bietet Rückzugsorte für viele Tiere und Nistmöglichkeiten für Bodenbrüter.

Durch das lang anhaltende und enorme Blühangebot ist sie außerdem eine wichtige Nahrungsquelle für Bienen, Schmetterlinge und andere Insekten. In der Verwendung als Substrat für Biogasanlagen liegt ihr Ertrag nur leicht unter dem von Mais.

Allerdings ist das Saatgut der „Durchwachsenen Silphie“ mit rund 1.700 Euro pro Hektar relativ teuer. Um den Landwirten in der Region einen Anreiz zu bieten, soll der Anbau mit 240 Euro pro Hektar gefördert werden. Insgesamt stellt der Landkreis Rosenheim einen Zuschuss in Höhe von 24.000 Euro bereit, der ab 2020 bis spätestens 2023 beantragt werden kann.

Wie der stellvertretende Landrat Josef Huber sagte, sei dies auch eine gute Möglichkeit, um Randstreifen oder Gewässerränder zu bepflanzen.

Der Zuschuss kann über die Maschinenringe Rosenheim und Aibling-München-Miesbach beantragt werden. Förderfähig sind nur Flächen, die im Landkreis Rosenheim liegen und von einem landwirtschaftlichen Betrieb aus dem Landkreis bewirtschaftet werden.

Foto: Regierung